

Landtag von Sachsen-Anhalt
Petitionsausschuss
Domplatz 6 – 9
39104 Magdeburg

Aufschluss des Burgstetten

Sehr geehrte Damen und Herren,

ab dem Jahre 2012 beabsichtigt die Mitteldeutsche Baustoffe GmbH mit Sitz in Sennewitz den Aufschluss des im östlichen Saalekreis gelegenen Höhenzuges Burgstetten zu einem Tagebau zur Gewinnung von Rhyolitgestein. Obwohl die landesplanerische Beurteilung zum Raumordnungsverfahren, die durch das damalige Regierungspräsidium Halle veranlasst wurde, der Mitteldeutschen Baustoffe GmbH mit Nachdruck empfiehlt, vom Aufschluss des mit hohem Konfliktpotenzial behafteten Areals Abstand zu nehmen, hält diese an ihrem Vorhaben fest. Der geplante Aufschluss kollidiert nicht nur in eklatanter Weise mit dem nationalen und europäischen Naturschutzrecht, sondern stellt auch eine schwerwiegende Beeinträchtigung des Schutzgutes „Mensch“ dar.

Die grundsätzliche Notwendigkeit einer starken wirtschaftlichen Entwicklung des Saalekreises und des Landes Sachsen-Anhalt rechtfertigt keine Umweltzerstörung. Wem nützt eine „zerwühlte“ Landschaft, die sich die Natur Jahrzehnte nach Einstellung des Steinbruchbetriebes zurückerobert wird. Keineswegs den heute in den betroffenen Gemeinden Brachstedt, Niemberg, Oppin und Braschwitz lebenden Menschen. Nutzen und Gewinn hat mit Sicherheit nur das Unternehmen, das den Abbau betreibt. Den Menschen aber geht es um ein wichtiges Stück Lebensqualität im Saalekreis, das unbedingt erhalten werden muss. So ist es nicht verwunderlich, dass inzwischen die Sorge um das ab 2012 geplante Vorhaben der Mitteldeutschen Baustoffe GmbH auf dem Burgstetten in zunehmendem Maße bei den Bewohnern der Anliegergemeinden um sich greift. Der Steinbruch ist für sie nicht hinnehmbar. Der Aufschluss des für viele Menschen wichtigen und einzigen Naherholungsgebietes im östlichen Saalekreis zu verhindern und das Gelände

einschließlich des betroffenen Waldes, der ein wichtiges Rückzugsgebiet für seltene Tiere und auch Pflanzen darstellt, vor Raubbau und Zerstörung zu schützen, sollte ein Ziel der Landesregierung sein.

Neben den Beeinträchtigungen der Anwohner durch Staub und Lärm und damit verbundenen gesundheitlichen Problemen wird der Aufschluss mit gravierenden Auswirkungen auf den Gebietswasserhaushalt, speziell auf das Niveau des Grundwasserspiegels einhergehen. Darüber hinaus geht ein wichtiges Kaltluftentstehungsgebiet der Region verloren. Des Weiteren wird sich ein rapider Wertverlust der Altbausubstanz und neuer Immobilien einstellen. Durch die Erschütterungen bei den Sprengungen wird in besonderem Maße auch die den Kern der Gemeinden bildende Altbausubstanz arg in Mitleidenschaft gezogen werden. Auch aus diesem Grund ist der Steinbruch für die Bewohner in der Umgebung des Burgstetten nicht hinnehmbar. Viele Menschen haben sich mit dem Bau eines Eigenheimes in den Anliegergemeinden auch im Vertrauen auf die Worte der Politiker einen Lebensraum erfüllt und hohe Kredite aufgenommen. Mit der Errichtung des Steinbruches wird dieser nicht nur zerstört sondern der Wert bereits geschaffener Immobilien auf 50 bis 30 Prozent sinken. Den Wertverlust ihrer Immobilien werden weder die Mitteldeutsche Baustoffe GmbH und die Banken noch das Land Sachsen-Anhalt ersetzen.

Das durch den potenziellen Steinbruchbetreiber mitunter ins Feld geführte Argument der Arbeitsplatzsicherung ist eine Irreführung der Öffentlichkeit, denn sowohl der Steinbruch in Scherz als auch am Petersberg ist nicht „ausgeschöpft“, nur etwas aufwendiger im weiteren Abbau. Dessen ungeachtet würde der Erhalt von fünf Arbeitsplätzen nicht den Ausverkauf einer ganzen Landschaft rechtfertigen. Es sei an dieser Stelle mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass das Gelände vom Land als Vorranggebiet für Landwirtschaft und Umweltschutz ausgewiesen wurde!

Die mit dem Betreiben des Steinbruches zu erwartenden Gewerbebeeinträchtigungen stehen in keinem wirtschaftlich sinnvollen Verhältnis zu den entstehenden Folgemaßnahmen, für welche teilweise die betroffenen Gemeinden während und auch noch Jahre nach dem Abbau in vielfältiger Weise aufkommen müssen. Auch „Häuslebauer“ und wohnhafte Familien sind Unternehmer, welche auf Anraten des Landkreises in die für Wohnbebauung bevorzugten Standorte Brachstedt, Braschwitz, Niemberg und Oppin investiert haben. Somit besteht hier mit Recht die Forderung der Investitionssicherheit durch die politisch Verantwortlichen.

Der Wille der Bewohner der um den Burgstetten gelegenen Ortschaften dokumentiert sich in 1638 Unterschriften (Anlage) gegen die vorgesehene Errichtung eines Tagebaues zum Abbau von Porphyrgestein (Rhyolit). Diese sollten seitens der politischen Entscheidungsträger sehr ernst genommen

werden. Mit unserem, an den Petitionsausschuss des Landtages gerichteten Schreiben fordern wir, dass sich der Landtag Sachsen-Anhalt mit der Problematik auseinandersetzt und den vorgesehenen Abbau von Porphyrgestein schon in der Planungsphase stoppt.

In der Annahme, dass Sie dem Willen der Bürger mehr verpflichtet sind als dem wirtschaftlichen Interesse eines Unternehmens, dessen Existenz in keiner Weise vom Aufschluss am Burgstetten abhängig ist, fordern wir den Landtag auf, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, den Aufschluss des für viele Menschen wichtigen und einzigen Naherholungsgebietes im östlichen Saalekreis zu verhindern und das Gelände einschließlich des betroffenen Waldes, der ein wichtiges Rückzugsgebiet für seltene Tiere und auch Pflanzen darstellt, vor Raubbau und Zerstörung zu schützen.

Im Namen der Bürger der Anliegergemeinden, die ihren Willen durch Unterschriftsleistung bekundet haben, sowie des Vorstandes und aller Mitglieder des Burgstettenvereins verbleibt

Dr. Jurik Müller

Plößnitz, den 30.01.2010

Vorsitzender des Burgstettenvereins
und Abgeordneter des Kreistages Saalekreis

Anlage: 1638 Unterschriften

Verteiler Anschreiben: Arbeitskreis Hallesche Auenwälder zu Halle/S. e.V.
Redaktion Saalekurier der Mitteldeutschen Zeitung
Redaktion Sonntagsnachrichten
Redaktion Wochenspiegel